



Vierteljähriger Abonnementdruck in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr für den Raum einer sechshäufigen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 534. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 13. November 1880.

## Die Prüfung der Wahlen für Breslau und Posen.

Unser Berliner Correspondent berichtet:

Die Wahlprüfungscommission beschäftigte sich gestern Abend mit Prüfung der Wahlen für Breslau und Posen. In der vorigen Session wurde bekanntlich die Wahl des Abg. Seyffardt für Crefeld beanstanden und demnächst vernichtet, weil die Zahl der Wahlmänner in Crefeld erheblich geringer war, als sie nach dem Wahlgesetz hätte sein sollen. Es wurde schon damals darauf aufmerksam gemacht, daß voraussichtlich derselbe Vorwurf die Wahlen in allen größeren Städten treffen. Inzwischen waren aber die meisten Wahlen schon geprüft und für gültig erklärt; nur Breslau und Posen, wo Nachwahlen stattgefunden hatten, waren übrig geblieben.

Die Commission hat nun gestern entschieden, daß die Zahl der „überschüssigen Seelen“ keinen Anfechtungsgrund bilde; in Crefeld sei nebenher die tendenziöse Abgrenzung der Wahlbezirke entscheidend für die Vernichtung der Wahl gewesen, die hier nicht in Frage komme. Obwohl hiernach jeder Anfechtungsgrund hinweggesunken war und ein Protest nicht vorlag, beschloß die Commission dennoch, die beiden Referenten mit einer eingehenden Prüfung der Wahlacten zu beauftragen. Als Grund wurde hervorgehoben, daß die Stimmverhältnisse zwischen den drei Candidaten ziemlich gleich gelegen hätten, und daß, wenn nur drei Wahlmannswahlen zu vernichten wären, die Frage, wer in die engere Wahl hätte kommen müssen, anders zu entscheiden sei. Die Wahl Wachler's, für den Nationalliberale und Fortschritt zusammen stimmten, unterliegt wohl keiner Anfechtung mehr. Dagegen kommt es bei Alexander Meyer und Severin darauf an, ob Unregelmäßigkeiten in den Wahlacten aufgezeigt werden können.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. November.

11 Uhr. Am Ministerialer Maybach, Bitter, v. Bötticher, v. Buttamer, Lucius mit zahlreichen Commissarien.

Der Abg. Beervoorn, Mitglied der Fortschrittspartei, Vertreter für den Wahlkreis Nienburg-Heydekrug, ist gestern Abend plötzlich verstorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1881—1882 und betreffend die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat in Verbindung mit dem Antrage der Abg. Richter und Ge nossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend einige Abänderungen der Vorstösse für die Veranlagung der Klassensteuer und der Klassifizierten Einkommensteuer.

Der Abg. Richter berichtet zunächst auf das Wort, um seinen Antrag zu motivieren. Gegen den vorgelegten Staatshaushaltsetat melden sich zum Wort: Richter, Hammacher (Lennep), v. Hünne, v. Benda, Richter, Birchow, Langerhans, v. Hönnig, Mager, Dr. Meyer, Miquel, Berling, Platen, Strubé; für denselben v. Heyden, v. Bedzly, v. Minnigerode.

Hierauf folgt

### Die Budgetrede Richters.

Abg. Richter: Das Facit der Rebe des Finanzministers bei Vorlegung des Etats war: der Reichstag hat 130 Millionen Mark neue Steuern bereits bewilligt, dafür gebe ich Euch, wenn ich kann, in einzelnen Jahren 14 Mill. M. Steuererlaß; 110 Millionen neuer Steuern sollt Ihr mir noch im Reichstag bewilligen, dafür sollt Ihr dann 64 Millionen Steuererlaß haben; also für 240 Millionen neuer Steuern im Reich, von denen 150 Millionen von Preußen ausgebracht werden, ein gehöriger und versprochener Erlaß von 78 Millionen. Dem preußischen Volk sollen also 75 Millionen neuer Steuern mehr aufgelegt werden, als man ihm erlahen will. Eine so starke Ausnutzung hat noch niemals ein Finanzminister an das preußische Volk gestellt. (Oho! rechts.) Freilich hat er die bereits bewilligten 130 Millionen mit keinem Wort erwähnt, ein Fremder auf der Tribüne, der unsere neueste Finanzgeschichte nicht kennt, müsste glauben, es seien überhaupt noch gar keine neuen Steuern bewilligt. Auch die noch zu bewilligenden hat der Minister nur sehr kurz angedeutet: er ließ sich auf einen Zwischenfall Richter's zu einer Improvisation drängen und nannte die Biffer von 110 Millionen als die noch ausstehende Belastung, bei der Correctur des stenographischen Berichts erschien ihm aber doch seine ursprüngliche Taktik, nur die Biffer der Entlastung zu nennen, dagegen die der Belastung im Dunkeln zu lassen, als die richtige. Wie wäre sonst diese wertvolle Biffer, das Wertvolle in dem ganzen Vortrag des Ministers, durch ein Ungeschick unserer bewährten Stenographen aus dem Bericht geschwunden? Die bereits bewilligten 130 Mill. kommen für den Minister höchstens mit 14 Millionen in einem Jahre in Frage, während der Reichskanzler in dem Decemberbrief von 1878 schrieb: „In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform, Verminderung der direkten Steuerlasten durch Vermehrung der nicht direkten Abgaben. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiet der direkten Steuern sein können und müssen.“ (Sehr richtig! rechts.) Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reiches nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt werden kann.“ (Hört! links.)

Ist das richtig, dann muß die Entlastung nicht 14, sondern 130 Millionen betragen, bevor von neuen Steuern die Rede sein darf; denn erst dann fällt der Vorwurf weg, daß eine Vermeidung der Gesamtsteuerlast beabsichtigt ist. Mein Flugblatt bei den letzten Wahlen „200 Millionen neuer Steuern“ wurde seiner Zeit konfisziert und als Ausdruck eines sehr starken Pessimismus gedeutet. Jetzt, also noch vor Ablauf der Legislaturperiode, stehen bereits 240 Millionen neuer Steuern in Frage, also noch 40 Millionen mehr, als ich geargvohnt batte. „Das ganze Flugblatt“, sagte die „Provinzial-Correspondenz“ vom 24. Juni 1878, ist eine grobe und dreiste Entstellung der Absichten und Pläne der Regierung u. s. w.“ Nach dem damals verfündigten Programm dürfen Sie die bereits bewilligten 130 Mill. nicht pro nihilo erachten und mit den Steuererlassen erst dann anfangen, wenn noch weitere 110 Millionen aufgeschüttet sind. Die Thronrede entsprach auch jenem Programm, und bei der Berathung der neuen Steuervorlagen im Mai 1879, fiel es seinem, der für sie sprach, ein, die Sache so darzulegen, wie es jetzt beliebt wird, daß die neuen Steuern dazu da sein sollen, ein Deficit zu decken (Oho! rechts) oder wenn man die neuen indirekten Steuern nicht bewilligt, so müßten directe kommen. Der Reichskanzler versprach damals Erlaß der ganzen Klassen, Ueberweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer an die Communen, Erlaß der Einkommensteuer unter 6000 Mark und der der Beamten überhaupt. Ich sagte ihm schon damals und zuerst, daß er mehr Erlaß verprächen, als die neuen Steuern einbringen könnten. Auch korrigierte ihn Finanzminister Hobrecht — und es gereicht ihm das zur Ehre — sofort, indem er sagte: das ist Zukunftsmittel, und ausführte: „wir brauchen die neuen Steuern einmal zur Deduktion des Defizits“, dann aber mache ich mich anbeischia für Preußen zu erlassen die halbe Grund- und Gebäudesteuer (33½ Millionen) für die Communen, 20 bis 30 Millionen Klassensteuer und 6 Millionen an Gewerbesteuer, in Summa 59—69 Millionen, im Durchschnitt also 64½ Millionen.

Herr Hobrecht versprach also bei der ersten Serie neuer Steuern so viel Steuererlaß, wie Herr Bitter jetzt nach Bewilligung von abermals 110 Millionen in Aussicht stellt. Allerdings wurde damals weniger bewilligt als gefordert: es ist weniger Tabak- und die Brauosteuer ist gar nicht bewilligt worden; dagegen in damals der Roggenzoll gegen die Vorlage der Regierung verdoppelt und auch die Eisenzölle wurden höher bewilligt, als gefordert waren. Jetzt steht die Sache so: es geht jemand eine Schuld

ein, nachher bietet er seinem Gläubiger 20 Prozent und sagt: willst Du das Uebrige haben, dann schenke mir erst den gleichen Betrag. (Unruhe rechts.) Das ist das, was der Herr Finanzminister jetzt thut. Er röhmt es, daß alle deutschen Finanzminister in Coburg darüber einig gewesen, sich von den übernommenen Verbindlichkeiten ganz oder mit höchstens 20 Prozent loszuhalten, bis ihnen neue Steuern bewilligt sind. Dabei ist weiter nichts Auffindbares: im Verlangen nach neuen Steuern waren die deutschen Finanzminister immer einig; um diese Einigkeit herzustellen, brauchten wir nicht erst den Krieg von 1870 zu führen. (Ruf rechts: Pfui!) Ich habe nicht verstanden, oder Sie haben mich wahrscheinlich nicht verstanden. Wie kommt man überhaupt dazu, den Minister von den feierlich übernommenen Verbindlichkeiten zu Steuererlassen loszusprechen? Denn wenn wir auch die neuen Steuern nicht bewilligt haben, auf die an die Bewilligung gestützte Verbindlichkeit haben auch wir ein Recht und unsere Wähler bezahlen sie mit. Noch ist nicht erwiesen, daß aus dem Ertrag der neuen Steuern nicht mehr als 14 Millionen erlassen werden kann. Der Minister röhmt ja auch die erfreuliche Finanzlage im Vergleich mit dem Vorjahr und allerdings schließt der Etat um 21 Millionen besser ab, von denen 7 zur Verminderung des Defizits, 14 Millionen für Steuererlassen bestimmt sind. Aber gebessert ist die Finanzlage doch nur durch das vom Volke aufgebrachte Mehrbelastung gehalten, wird nun an irgend einem Ende davon winzige 14 Millionen zurückgegeben, so nehmen wir natürlich, was wir kriegen können, wir feiern die Feste wie sie fallen, mager und selten sind sie ja ohnedies. (Bewegung rechts.)

Noch ehe auch nur 5 Mann von uns sich über die Frage besprochen hatten, meldete die offiziöse Presse bereit, die doctrinäre Fortschrittspartei würde den Steuererlaß ablehnen. Da beschlossen wir in voriger Woche gerade den Antrag auf dauernden Steuererlaß zu stellen. Die Erklärung des Finanzministers veranlaßte und dazu, daß bei einiger Sparfamkeit und Voricht, wie sie immer in Preußen bestanden, die Mittel dazu dauernd vorhanden sein würden. Nur da wollen wir so freundlich sein, ihm für die Innehaltung dieser Sparfamkeit gegen seine Herren Collegen eine dauernde Stütze zu geben. Im Reichstage sind die neuen Steuern unter Ablehnung des Amendements Wennigen dauernd auferlegt worden, darum muß auch die Entlastung jetzt eine dauernde sein. Ja man kann viel mehr Gedanke für einen dauernden Erlaß als für einen einmaligen anführen. Denn aus den Verhältnissen des vorliegenden Etats rechtfertigt sich der Erlaß viel weniger, denn als Anfang einer dauernden organischen Maßregel, die man auch in einem an sich ungünstigen Jahr beginnen kann. Auch das Verwendungsgesetz steht dem Antrag nicht entgegen, denn es hat nur eine subsidiäre Bedeutung für den Fall, daß man sich für einen dauernden Steuererlaß, wie er Ihnen hier vorliegt, einigt. Im Anfang schienen auch die Conservativen und die Kreuzzeitung den Antrag freundlich aufzunehmen, bald aber griffen mich die offiziösen Correspondenten und die Norddeutschen an, als ob etwas Boshaftes gar nicht ausgebacht werden könnte, das sei ein Haken nach Popularität. (Ja wohl rechts.) Meine Herren, man sucht einen Anderen gewöhnlich hinter dem Busch, hinter dem man selber gestellt hat. (Heiterkeit. Sehr wahr! links.) Wäre dieser Vorwurf berechtigt, so würde er vielmehr statt auf eine für die Dauer berechnete Maßregel auf einen Steuererlaß zutreffen, der sich nur auf den Steuerzettel bezieht, der gerade vor den nächsten Reichstagswahlen verholt wird. (Sehr wahr! links.)

Nach der Heftigkeit der Angriffe der Gegner zu urtheilen, muß mein Antrag also noch mehr Vorwäge haben, als mir selbst bei der Abfassung desselben bewußt war. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Vorschlag des Steuererlasses angehört des gegenwärtigen Etats die volle Umkehr der Conservativen und der Regierung von den noch im vorigen Jahre proclamirten Grundsätzen bedeutet. Noch 1878 verkündigte Herr von Minnigerode, daß wenn Geld übrig sei, man es nicht zu Klassesteuererlassen verwenden dürfe, sondern zur Tilgung der Staatsanleihen. Angehört der für die Deduktion des Extraordinariums damals vorgeschlagenen Anleihe erklärte Herr von Kölle, es sei die schlechteste Politik, laufende Bedarfsfälle aus Anleihen zu decken, nur das Gegenteil habe Preußen groß gemacht. Herr Bitter führte sich in vorigen Jahre hier ein mit einer Rede, worin er sich als Vertreter der altpreußischen Finanzpolitik bezeichnete, und es als die nächste Aufgabe erklärte, die Deduktion des Defizits zu bewirken, bevor von einem Steuererlaß die Rede sein könne. Nur eine solche Politik könne Preußen auf seiner Höhe erhalten. Die rechte Seite rief Bravo und nach einigen Einwendungen von mir sagte der Minister nochmals, ich befnde mich auf klassischem Standpunkt, sowohl in der Musik, wie in der Finanzverwaltung. (Heiterkeit.) Heute, wo der Minister neben 30 Millionen Anleihe zur Deduktion des Defizits einen Steuererlaß vorstellt, nennt er das, was er im vorigen Jahre klassisch nannte, eine streng wissenschaftliche Theorie, an die man sich nicht binden würde. Diese vollständige innere Umkehr ist nur aus äußersten Verhältnissen zu erklären. Vielleicht hat die „Schlesische Zeitung“, ein Organ des Herrn v. Kardorff, denn dieser ist ja eigentlich der geistige Urheber des neuen Finanzplanes, das Richtige ausgeplant. Sie schreibt, daß nur die Rücknahme auf die Stimmung des Landes die nächsten Wahlen und die Erregung von Missvergnügen durch die Presse es rechtfertigen könne trotz des Defizits mit dem Steuererlaß den Anfang zu machen.

Die Herren Minister befinden sich allerdings in einer schlimmen Lage. Herr v. Buttamer hat, als er noch nicht Minister war, vielleicht auch gar nicht geglaubt, daß er es werden würde (Heiterkeit), ja ausgesprochen, wenn man die Erwartungen des Landes, die seitlich in der Thronrede verfündigt sind, täusche, so würde das ein Stoß in das Herz des monarchischen Princips sein. (Hört, hört!) Herr Dr. Lucius, als er noch nicht Minister war, als er vielleicht noch nicht glaubte, daß er es werden würde, sagte am 10. Mai 1878 im Reichstage: „Der Reichskanzler erklärte, daß die Erträge, welche gewonnen werden, nur zu neuen Steuererlassen benutzt werden, nach Besetzung der Matricularbeiträge, und daß diese Matricularbeiträge, die sich auf 50 Millionen Mark für den Staat belaufen, nur von einem geisteskranken Ministerium zu etwas Anderem bestimmt werden könnten, als zum Nachlaß an directen Steuern oder zur Übertragung von Steuerbeträgen an die Communen. (Hört, hört!) So meine ich, liegt in solchen Verhältnissen doch auch eine gewisse Garantie, und ich habe die Meinung, es ist unmöglich, sich einfach unglaublich dagegen zu verhalten, wenn ein Minister mit Genehmigung seines Souveräns derartige Erklärungen abgibt.“ So damals Herr Dr. Lucius. Jetzt wird aus dem Reich so viel an Steuern überwiesen, als die Matricularbeiträge ergaben — es fehlen nur etwa 3 oder 4 Millionen. Nun haben die Herren damals so starke Ausdrücke gebraucht — man soll als Abgeordneter niemals so starke Ausdrücke gebrauchen (Heiterkeit), man weiß ja nicht, ob man nicht später einmal Minister wird — (Heiterkeit). Sie haben „vom Stoß ins Herz des monarchischen Princips“, von dem „geisteskranken Ministerium“ gesprochen (Heiterkeit). Nun wollen die Herren mit 14 Millionen Steuererlaß wenigstens partiell diese Vorwürfe entkräften. Die nächsten Wahlen stehen bevor, kein Wunder, daß man sucht, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

Der Reichskanzler, ein Meister auf dem Gebiete der Taktik, hatte die Schwierigkeit, in der sich die Herren von der anderen Seite befinden, sehr richtig erkannt, er hat sich also den Herrn Finanzminister Bitter zum Vortrag nach Friedrichsruh kommen lassen — das nennen die Herren collegiales Ministerium. (Große Heiterkeit.) Er läßt sich die Minister einzeln nach Friedrichsruh kommen, wie ein Regent; neulich hat ja der Abg. Weber den Kanzler in einer Wäblerversammlung als „Regenten“ bezeichnet. Da nun der Herr Finanzminister, wie ich voraussehe, auf eine seiner feierliche Erklärung aus dem vorigen Jahre hingewiesen und bat gesagt, daß er für classische Finanzpolitik sei. Darauf hat der Reichskanzler, wie ich ihn kenne, gefragt: „Was? Classisch hin, classisch her!“ (Große Heiterkeit.) Grundsätze wechselt man; auf die Taktik kommt es an, wie Macht entscheidet und die Machfrage gibt allen Grundsätzen voraus.“ Da hat Herr Bitter etwas von „strengen Grundsätzen“ gesprochen, er hat sich aber doch gegeben, und so war die „Homogenität“ des Ministeriums, von der gestern gesprochen wurde, wieder hergestellt. (Große Heiterkeit.) Nun sehen wir den Finanzminister mit einer Vergnügung die große Trommel dieses Steuererlasses schlagen, als ob er nie für classische Macht geschwärmt hätte. (Große Heiterkeit.) Wir freuen uns sehr darüber, wahrzunehmen, daß der Minister doch noch eine Macht außerhalb des Ministeriums anerkennen, dem Druck der öffentlichen Meinung folgen muß, und wenn wir zu unserem befehlenden Theile an diesem Druck mitgehen haben, so nehmen wir diese Prämie von 14 Millionen entgegen, zugleich als Aufforderung, noch recht viel stärker zu drücken, damit die Herren Minister von den 130 Millionen noch mehr, als die wenigen 14 Millionen, wieder zurückgeben müssen. Dieses Seite des Hauses ist es ja mit dem Centrum zusammen gewesen, welche auf den Anfang dieses Steuererlasses beständig bingewirkt hat. Die Regierung verlangte im Reichstage zuerst noch eine Erhöhung der Matricular-Beiträge um 8 Millionen. Die Budget-Commission machte diese Er-

höhung überflüssig; alsdann kör ich im Plenum des Reichstages noch mit einem Antrag, diese um 8 Millionen Mark zu vermindern.

Herr von Minnigerode und die Conservativen widersprachen lebhaft. Ich sagte, die Conservativen, welche so große Hoffnungswchsel gezoagt hätten, müssten doch nicht selbst eingegangen sein, um wenigstens einen ganz kleinen Steuererlaß dem Volke zu können. Wir haben damals die Conservativen überstimmt, und die Verminderung der Matricularbeiträge um 16 Millionen gegen die Regierungsvorlage ist es, welche den größeren Theil dieser 14 Millionen gebraucht hat. Wenn wir jetzt dieselben einheimsen, so erwachsen freilich daraus noch besondere Verpflichtungen für die Conservativen hier und für die Verpflichtung der Regierung dem Reiche gegenüber. An der Majorität ist es nun, den Staat schärfer zu prüfen, als bisher. Gewöhnlich haben die Conservativen bei der ersten Lesung in der Deutschenheit sehr gute Vorschläge, dann aber macht sie die Einwirkung der ministeriellen Vereidigung dar, bald dieselbe vergeffen, und bei der zweiten Lesung suchen sie selbst Erfahrungen wiedergängig zu machen, für die sie in der Commission bestimmt haben. Überlegen Sie sich doch einmal ernstlich, ob anstatt, daß 1½ Millionen Revenuen des Welfenfonds zum Reparationsfonds fließen, der Kanzler nicht so mächtig und angesehen ist, um diese Mittel für die Umkehrung der öffentlichen Meinung einzubringen zu können. Gerade jetzt demonstriert der eine Offizier den Anderen, und es weiß kein Mensch mehr, an welcher Stelle die Regierung die Wahrheit sagt. Wenn Sie etatsmäßige Stellungen erhalten wollen, so fangen Sie nicht gerade unten bei den Diktatoren an, sondern oben direkt beim Reichskanzler und untersuchen Sie, ob ein besonderer Minister bloß für den Ceremoniendienst, um jährlich ein paar Mal Thronreden zu lesen, erforderlich ist. Denn zu einem Mehreren lädt ja der Herr Reichskanzler seinen Stellvertreter nicht kommen. Vor 2 Jahren hat man eine Anleihe von 42 Millionen für den Staat bewilligt, die Rechnung zeigt, daß diese Anleihe gar nicht gebraucht ist, es sind in das laufende Jahr 60 Millionen Restcredite übergegangen.

Der laufende Staat hat ein neues Extraordinarium von 40 Millionen, so daß diesem Staat 100 Millionen zur Verfügung stehen. Untersuchen Sie doch nun, ob für das nächste Jahr nun wiederum 40 Millionen zu bewilligen sind. Mögen doch die Conservativen nun zeigen, was sie in derjenigen Erfahrungspolitik leisten können, die wir im Reichstag bis zum Jahre 1878 ausgeübt haben und bei der wir es ermöglichten, durch Abstrich von Matricularbeiträgen in Höhe von 80 Millionen mehrere Jahre ohne neue Steuern auszukommen. Eine andere Verpflichtung legt der Steuererlaß der Regierung in Bezug auf das Reich auf. Die Boraussetzung des Steuererlasses ist, daß die Matricularbeiträge auf unveränderter Höhe bleiben. Das ist, wie ich bis jetzt den neuen Reichstag, so weit er veröffentlicht ist, verstehe, nur möglich, wenn der Militärdienst nicht erhöht wird. Nun hat aber der Kriegsminister für die Durchführung der neuen Novellen, die Erhöhung des Präsenzstandes um 27,000 Mann, eine Mehrforderung von 17 Millionen Mark angekündigt. Wenn gleichwohl es nach diesem Staat bei den alten Matricularbeiträgen verbleibt und bei den collegialen Verhältnissen in unserem Staatsministerium der Kriegsminister diesen Staat mit vertritt, so muß man annehmen, daß das Ministerium Sr. Majestät getroffen hat, in der Thronrede den Steuererlaß zu verhindern, nachdem es sich vorher geeinigt hat, die Mehrausgaben neuer Formationen auszugleichen durch große Beurlaubungen in der Präsenz. Diese Verpflichtung entspricht vollständig unseren Wünschen; anderthalb, wenn die Boraussetzung nicht zurate, würde ja der ganze Finanzplan des Ministeriums, noch bevor der neue Staat publicirt wäre, vom Kriegsministerium wieder zerstört werden. Einer solchen Ironie der Thatsachen werden sie sich nicht ausgesetzt haben.

Indes kommt ja gegenüber der Frage des Steuererlasses nicht blos auf den Staatshaushalt an, sondern auch auf den Volkshaushalt. Wenn ich im Zweifel es überhaupt für richtiger halte, das Geld beim Steuerzahler zu lassen, anstatt es der Regierung zu geben, so gilt dies insbesondere von dem gegenwärtigen Regierungssystem. Es freut mich, daß endlich einmal wieder vom armen Mann die Rede ist. Lange Zeit sprach man nur vom „sogenannten armen Mann“ und belaste nur die Interessen des Großgrundbesitzes, der Fideicomisse und dgl. Unter der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kanzlers leidet dieser arme Mann ganz besonders. Die 75 Pf. Steuererlaß machen in der untersten Stufe gerade 6 Pf. für den Monat; diese 6 Pf. bezahlt der arme Mann schon an Steuern, wenn er ein einziges Liter Petroleum kauft, denn daß die Amerikaner den Petroleumzoll bezahlen, glaubt doch Niemand mehr. Seit Jahren sind die Petroleumpreise nicht so hoch gewesen, wie jetzt. (Widerspruch rechts.) Die Herren, welche mehr Gas brennen, merken dies freilich weniger. Das macht ja die neuen Steuern besonders drückend, daß mit einer Verhinderung aus allgemeinen Ursachen noch die besondere Belastung durch den Zoll kommt. Mit den Preisen des amerikanischen Schmalz und Speck ist es ebenso, also gerade mit der billigsten animalischen Nahrung des Amerikaner. Und nun erst die Roggenpreise; die im Juli ausgesprochene Erwartung billigerer Herbstpreise hat sich nicht bestätigt. Mit Ausnahme des Notstandsjahrs 1867 sind seit 1858 die Roggenpreise um diese Jahreszeit nicht so hoch gewesen wie jetzt. Man sagt, auf die paar Pfennige kommt es dem Arbeiter nicht an, wenn er um so mehr Lohn verdient; nun zeigen Sie mir einmal in allen diesen Staaten eine Stelle, wo die geringste Lohnverhöhung für die Tausende von Arbeitern im Staatsdienst vermerkt ist.

Die Unternehmer bedauern ja selbst die schlechte Lage ihrer Arbeiter, aber sie können nicht mehr geben, weil sie selbst nicht genug verdienen. Wie hört in vorjähriger Zeit der Herr Finanzminister mit gegenüber die steigende Wohlhabenheit Berlins hervor; er meinte sie an Zahlen nachweisen zu können, allein im Monat October habe Berlin mehrere Tausend Continer Gier mehr als im Vorjahr aus dem Ausland bezogen; es stellt sich nur sofort heraus, daß die 1879 in Berlin declarirte Gereinfübung im Jahre 1878 vor dem Gierzoll an den Grenzen declarirt war. Ich finde es erklärlich, wenn nach diesem Schidjal mit Zahlentabelle der Finanzminister jetzt keine Zahlen bringt. (Heiterkeit.) Man muß sich auch schon längere Zeit mit allgemeinen Finanztagungen beschäftigt haben, um Zahlen richtig zu verstehen. Das Prehbureau des Staatsministeriums hat am 2. November einen sogenannten Waschbrett geschickt abgedruckt unter dem Correspondenzzeichen des Briefcouverts der „Kölner Ztg.“, worin es zum Eingang heißt: „die Berichte, welche aus den Provinzen über die Lage der Industrie eingehen, schildern dieselbe als eine durchaus erfreuliche.“ Zu gleicher Zeit meldet die schuhzählnerische „Essener Ztg.“ aus Köln selbst eine Entlastung von Arbeitern in Kalt bei Köln als trauriges Zeichen der ungünstigen Lage des Eisengeschäfts. Die Nachfrage sei so gering als in den schlimmsten Zeiten der früheren Krisis. Diese Nachrichten über die Eisenindustrie werden leider von liberaler her bestätigt. Auch im Staat der Staatsbütteln ist ein gegen das Vorjahr niedrigerer Überschuß angezeigt. Über die Landeshuter Staats-Spinnerie berichtet der Staat: der Geschäftsgang in der Leinen-Branche sei wieder ungewöhnlich flau geworden. Über die Lage der Textil-Industrie im Ganzen hat Herr Meyer (Breslau) ähnliche Mitteilungen gemacht. Erfreut ist denn die Landwirtschaft jetzt etwa der Segnungen des Getreidezolls? Ein conservativer Agrarier, von Schwarzenfelz, der im Augenblick in Altenburg candidirt, erklärt in seinem Wahlaufruf: Der Landwirtschaft helfe der Zoll nichts, der Freihandelspartei biete er ein willkommenes Agitationsmittel. Andere Agrarier bestätigen dies.

Sie kommen nun zu der Schlussfolgerung, daß der Getreidezoll deshalb auf das Fünftische zu erhöhen sei. So schreibt ein solcher edler Menschenfreund der „Deutschen landwirtschaftlichen Zeitung“: Mit der Not des armen Mannes habe man sich nicht zu befassen, man könne ja allerhand Erfindungen machen, wie zur Zeit der Pariser Belagerung, um den Hunger zu stillen. Er sagt wörtlich: „Wir wollen hungern“ — es sind nun gerade nicht solche Herren, welche zu hungern brauchen — „um unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren. Das man so schnell nicht verbürgert, dat noch vor Kurzem Dr. Tanner bewiesen, als er volle 40 Tage lang gebürgert. (Große Heiterkeit!) Mit solchem Standpunkt läßt sich freilich höchstens noch bei dem Staat der Medicinalabteilung diskutieren. In der Kompetenz des Landtages liegt es zwar freilich nicht, diese Lebensmittelzölle zu bestimmen; wir können in dem direkten Steuersystem eben nur noch ganz kleine Eileichtungen und zwar nur bei den Personalsteuern verschaffen. Aber gerade der Steuererlaß drückt den jetzigen Finanzplan der Regierung weit mehr zurück, als es früher der Fall war. Jetzt soll der Nachschlag an diesen Personalsteuern nur zu ¼ erfolgen, während man ¾ auf Überweisung an Communen rechnet. Eine solche Überweisung aber führt an sich unmittelbar noch gar nicht zu einem Steuererlaß. Überall ist doch nur von beweglichen Erlassen, nicht von einer dauernden Verminderung der Steuern die Rede. Der Herr Reichskanzler meinte im vorjährigen Jahre, die Klassensteuer müsse überhaupt ganz abgeschafft, ja sogar den Communen zu erheben, ganz verboten werden. Man könne solche Steuern nicht von Personen erheben, welche mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Die Execution mit ihren ganzen schmachvollen Folgen erzwingt die Steuer und erregt Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Jetzt meint der Herr Finanzminister, diese 20 Millionen Mark verteilen sich auf 4½ Millionen Steuerzahler in den untersten Stufen derart, daß die Steuer nicht übermäßig drückt. Auf dem Lande drückt sie nur ausnahmsweise, drückend seien nur die Communalsteuerzuschläge. (Sehr richtig! rechts.)

Derselbe Beitrag Communalsteuer drückt gleichzeitig, mag er nun für die Communen oder für den Staat erhoben werden. Wenn aus den bewilligten 130 Millionen Mark noch mehr zu erbringen ist, so muß die Klassensteuerverminderung weit mehr im Vorbergrunde bleiben, als es nach dem Plane des Finanzministers der Fall ist. Ich will den 14 Millionen-Erlaß deshalb dauernd machen, weil ich es dauernd für richtig halte, daß Einkommen unter 2000 Thaler nicht für jetzt mit demselben Procentstab herangezogen werden können, wie höhere Einkommen. Mit diesem Erlaß will ich deshalb zugleich eine dauernde organische Verbesserung des Gesetzes verbinden. Es ist ganz falsch, wie der Minister beabsichtigt, Steuererlaß und Steuerreform zu trennen. Der Herr Reichskanzler hat den Beamten 1878 vollständigen Erlaß der Klassen- und Einkommensteuern versprochen. Wenn hätte er nicht schon irgend etwas verprochen? Jedenfalls leiden die Beamten von der Einschätzung darunter, daß ein öffentlich belastetes Einkommen eingeschäft wird, während dies andernfalls nicht vorhanden ist. Das Hindernis einer richtigen Einschätzung noch allen Seiten liegt wesentlich darin, daß für die unteren Klassen der Klassen- und Einkommensteuer der Steuerprozentstab zu hoch ist. Für die 130 Millionen Mark bewilligter Steuern war auch ein Erlaß von 6 Millionen Mark Gewerbesteuern vorgesehen, insbesondere in der Klasse II. Die Conservativen, welche sich angedacht so besonders für den Handwerkerland interessieren, sollten doch hinzutreten, daß dieser Erlaß jetzt so ohne Weiteres aus dem Steuererlaß verschwindet. Die Überweisung von Steuererträgen an Communen ist, wie gesagt, an sich noch kein Steuererlaß. Wie sollte man auch dazu kommen, aus dem Ertrage einer höheren Besteuerung aller Klassen gerade die befreibenden Klassen zu entlasten? Da wäre eine socialaristokratische Maßregel zur Bekämpfung der Socialaristokratie wahrlich nicht geeignet.

Nur eine Steuererlaltung des Realbesitzes dagegen halte ich für gerechtfertigt und zwar, soweit dieser Realbesitz gerade 1880 in der Gebäudesteuer höher belastet worden ist. Eine finanziell verfehlte Maßregel hätte gar nicht ergreifen werden können. Gerade dieses Objekt mußte man für die Besteuerung der Communen veranlassen. Im Augenblick der Verminderung der Gebäude, wie jetzt, dürfte eine solche Besteuerung am wenigsten erfolgen.

Werden überhaupt einmal Mittel zur Kompetenz des Landtages frei, so würde auf unserem Gesetzentwurf vor zwei Jahren zurückzukommen sein, den Saal von 4 Procent Gebäudesteuer auf 3 Prozent zu ermäßigen. Pro 1878/79 stand die Gebäudesteuer mit 17½ Millionen M. im Staat, jetzt sind es 27½ Millionen. So weit überhaupt eine Überweisung von Steuererträgen an Communen erfolgen kann, ist der Maßstab der gesammelten directen Steuern für die Vertheilung der allein richtige. — Der Reichskanzler sagte, die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer werde besonders den Städten, die jetzt bis 500 Prozent Steuerzuschläge aufbringen müßten, zu Gute kommen. Wie steht es damit in Wirklichkeit? Von den 33½ Millionen Mark Überweisung würden die Städte nur 10½ Millionen bekommen, während die städtischen Communalsteuern schon vor einigen Jahren 84 Millionen Mark betrugen. Die Überweisung stellt also etwa einneuntel der Communalsteuern da. In großen Industriestädten noch weniger. So würde die Überweisung für Hagen etwa 8 Prozent, Dortmund, Barmen 9 Prozent, Elberfeld 10 Prozent bedeuten. Zur Hälfte werden die Städte dabei nur mit ihrem eigenen Fett begossen, wenn sie 10 Millionen bekommen, bekommen sie dabei nur 5 Millionen zurück, welche sie selbst an Gebäudesteuer seit 1880 mehr für den Staat aufbringen. Als der Decemberbrief des Kanzlers erschien, da forderte der Bürgermeister von Essen alle Communen auf, dem Reichskanzler zu danken für die neue Aera, welche er in der Entlastung der Communen einleite. Essen hat 800,000 M. Communalsteuern, 50,000 Mark würde es aus dem Finanzplan des Herrn Bitter überwiesen bekommen, darunter 25,000 M., welche es erst in diesem Jahr an Gebäudesteuern bezahlt.

Der ganze Gewinn beschränkt sich also auf 25,000 M., das sind 3 p.C. der Communalsteuern, ein Betrag, der nicht der Verhöldigkeit einzelner Jahre gleichkommt. Da kann man wohl sagen, tant de bruit pour une omelette! Auch im Verhältnis der Bauern- und Dorfgemeinden zum Gutsbezirk und Großarbeitsbezirk ist der Maßstab der Vertheilung nach Grund- und Gebäudesteuer ungerecht. (Widerspruch rechts. Gewiß!) Wenn Dorf und Gutsbezirk gleichviel an diesen Steuern bezahlen, wird das Dorf immer mehr an Personalsteuern bezahlen als der Gutsbezirk. Deshalb will der Großgrundbesitz communale Lasten lieber nach dem Maßstabe aller direkten Steuern, als blos der Realsteuern vertheilen. Was aber für die Belastung richtig ist, muß auch bei der Entlastung richtig sein. Ich habe von der kleinen Entlastung der Städte gesprochen, aber die Städte unter 25,000 Einwohnern sollen nicht einmal etwas direct bekommen, mit Ausnahme der Hannoveraner. Ach wenn wir doch alle Hannoveraner wären! (Heiterkeit!) Wie kann man anderen großen preußischen Städten das vorbehalten, was man kleinen hannoverschen Landstädten zuerlassen will? Was überwiesen werden soll, muß allen Städten und Gemeinden im Westen direct zuliefern. Man sollte sie nicht erst auf die Beurtheilung ihres Bedürfnisses durch den Kreistag hinweisen. Ohne nähere Zweckbestimmung kann man überhaupt den Kreistag nichts überweisen. Gefeigt, es würde dem Kreistage von Niederbarnim etwas überweisen, wer steht dafür, daß das Geld nicht verputzt wird zu allerhand Chausseebauten im Interesse einzelner Güter, zu sogenannten Pflaumen- oder Stachaußen, wie sie der Bollwitz nenn, auf denen nur Verkehr ist, wenn die Pflaumenbäume geschüttelt werden oder die Gutsbesitzer sich zum Spielplatz befunden. (Obo! rechts.) Steuererlaß aus den Erträgen der eingeführten neuen Steuern dürfen nur der Gesamtheit zu Gute kommen, welche sie aufgebracht hat; hier kann nur von der Verwendung für Schulzwecke die Rede sein.

Bevor die neuen Steuern bewilligt waren, hieß es — sogar in der Thronrede vor zwei Jahren — dieselben seien für die Schule erforderlich. Jetzt ist es davon wieder ganz still geworden, nachdem die neuen Steuern eingeführt sind. Der Minister scheint auch sonst keine Geldmittel für die Schulen übrig zu haben. Er hat für die Lehrer weiter nichts als scharfe Rescripte. Vor zwei Jahren hat das Haus ein Gesetz über Pensionen, Alterszulagen und Wittwenverfürung für Lehrer verlangt, statt dessen hat der Minister nur den Dispositionsfonds erhöht und nun soll die Staatsgarantie für Wittwenpensionen erhöht werden. Das kostet dem Staat nichts, denn die Kosten können selbst höhere Beiträge zahlen. Der von der Regierung vorgeschlagene Vertheilungsmittel würde jenen Gegenden am meisten zum Vorteil gereichen, wo die Bedürfnisse nach Zuflüssen am fühlbarsten sind. Wie kann man nun die Frage der besseren Dotirung des Schulwesens trennen von der Frage der Überweisung an Communen? Sollten etwa für Schulzwecke dann wieder die Steuern erhöht werden, nachdem die Überschüsse anderweitig aufgebraucht sind. Ich habe diese Frage nur im Anschluß an die Rede des Finanzministers erörtert. Mein Standpunkt unterscheidet sich generell von dem Seinigen, daß ich die Erfüllung alles dessen verlange im Anschluß an die gemachten Versprechungen aus den bereits bewilligten 130 Millionen Mark. Ich halte mich auch bei diesen Ausführungen streng innerhalb der Kompetenz des Landtages, ohne mich für den Reichstag zu präjudizieren; es kann sich hier nur darum handeln, innerhalb der Landtagskompetenz Stellung zu nehmen betreffs der Verwendung von Mitteln, soweit dieselben auf Grund der neuen Steuern flüssig werden. Das Gefragte genügt, um klar zu legen, daß wir für alle Eventualitäten ein bestimmtes Programm haben, soweit es heute schon möglich ist. Aber mögen Sie es bei den bereits bewilligten Steuern lassen oder noch die neuen 110 Millionen bewilligen oder noch mehr; alles wird nichts helfen; Sie werden, abgesehen von einem solchen gelegentlichen Steuererlaß zu keiner dauernden Entlastung kommen, so lange die Wirtschaftspolitik die bisherige Richtung behält. Ich habe dabei mehr als das bloße Schulzwecke im Auge.

Immer neue Aufgaben und Verbindlichkeiten weist der Reichskanzler dem Staat zu, weil sich dadurch zugleich seine eigene Macht steigert; aber der Staat kann niemand etwas geben, was er nicht auf der andern Seite dem Steuerzahler abnimmt. Je mehr neue Steuern der Reichskanzler verlangt, je mehr verträgt er, um den Steuerzahler munter zu halten. Verprechungen und neue Steuern steigern sich fortgesetzt, das Passibus des Staates wächst fortwährend; mit den Verprechungen wachsen die Steuern, ohne zur Erfüllung zu genügen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung muß dabei nach zwei Seiten wachsen: einmal über die fortgesetzten Steuererhöhungen und dann über die nicht erfüllten Versprechungen. Zuletzt sammelt sich in der Bevölkerung ein Unmut, unter dem dieses ganze System zusammenbrechen wird. (Sehr wahr!) Es wird ja Mandes in der Wirtschaftspolitik rückgängig zu machen sein, um schwersten freilich die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Hier liegt meines Erachtens die größte Gefahr für den Staatshaushalt. Der Minister spricht von einer Denkschrift, die über die gegenwärtigen Wirkungen der Verstaatlichung vorliegt werden soll. Es scheint sehr schwer zu werden, diese Arbeit fertig zu stellen, denn sonst hätte man sich damit gewiß beeilt, wie mit der Verstaatlichung selbst. Der Minister Camphausen sagte im vorjährigen Jahre, die üblichen Folgen dieser Politik würden sich erst in 10 Jahren zeigen. In der Hauptstrecke ist das richtig, aber was jetzt zum Vortheile kommt, ist doch das Gegenstück von dem, was man uns als segensreiche Folgen der Verstaatlichung in Aussicht gestellt hat. Wollen Sie hören, wie man im Publizum über die Verstaatlichung denkt, so brauchen Sie sich nur von Berlin nach Potsdam zu begeben. Da werden Sie von allen Seiten Kla-

gen, namenslich über die Verstaatlichung des Localverkehrs vernehmen. Wenn überhaupt ein herbostreichendes Moment in der Eisenbahnentwicklung hervorträte, so ist es das der Unglücksfälle, die sich in bedenklichster Weise gehäuft haben.

Ich bin weit entfernt, alle Unglücksfälle mit der Verstaatlichung in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, aber die Regierung selbst erkennt die Notwendigkeit an, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen und es ist jedenfalls ausschließend, daß gerade die verstaatlichten Bahnen an den Unglücksfällen vorzugsweise beteiligt sind. Es läge doch nahe, zu fragen, ob nicht durch das Übergangsverhältnis das Betriebsmaterial sich verschlechtert hat und ob die große Veränderung im Personal nicht in einem inneren Zusammenhang mit diesen Unglücksfällen steht. Es erscheint mir doch fraglich, ob man nicht darin zu weit geht, Unterbeamte, Beamtenfeller u. s. w. statt sie, wie bisher, etatsmäßig fest anzustellen, im Interesse einer größeren Beweglichkeit und besserer Ausnutzung der vorhandenen Kräfte vollständig in ein diätisches Verhältnis zu versetzen. Können Sie es den Eisenbahnbeamten verdenken, wenn sie anfangen, unzureichend zu werden? Im Jahre 1879 erklärte der Reichskanzler, die Wirtschaftsreform werde von selbst die Mittel bilden, alle Beamte besser zu stellen, um sie für die Verbrauchung der Lebensmittel zu entschädigen. Wenn auf der einen Seite solche Versprechungen gemacht werden und auf der anderen Seite beständig Einschätzungen erfolgen, dann kann man sich nicht wundern, wenn wir mit Petitionen überflutet werden. Der Reichskanzler hat wahrscheinlich seine Worte vergessen; er verspricht ja so viel, daß er unmöglich Alles be halten kann. (Heiterkeit!) Aber solche Beamte vergeßen so etwas nicht. Was die finanzielle Seite der Verstaatlichung betrifft, so weiß die Überzahl der Einnahmen und Ausgaben für 1879/80 freilich 6 Millionen Überschuss auf darunter sind aber 4,800,000 Mark Überschüsse der verstaatlichten Bahnen aus der Zeit, wo sie noch unter Privatdirektion standen. Die Staats-Eisenbahnen haben überhaupt nur einen Überschuss von 288,000 Mark geliefert. Dem gegenüber steht eine Erwähnung an dem Erneuerungsfonds von 2,370,000 M., also der zehnfache Betrag.

In dem Staat das nächste Jahr weilt der Staat der Eisenbahnverwaltung einen Überschuss von 16 Millionen auf, dem gegenüber stehen aber 12½ Millionen Überschägablen an Zinsen, welche allerdings nicht im Eisenbahnbetrieb, aber auf dem Staat der Staatschulden stehen, weil die Actien und Prioritäten der verstaatlichten Bahnen in Consols konvertiert sind. Es bleibt mithin nur ein Überschuss von 3½ Millionen und dieser gegenüber steht eine Minderausgabe für den Erneuerungsfond von 8 Millionen. Beachten Sie wohl, was das heißt. Es bedeutet: in diesem Jahre kostet der Verbrauch des Materials durch den Betrieb 8 Millionen mehr als der Eisenbahnbetrieb für die Erneuerungen ausgabt. Im vorjährigen Jahre hat man durch einen Garantiefond erledigt. Schaumlöcher auf die Suppe nannte für den Generalpostmeister Stephan. Daß er recht damit hatte, seien wir in diesem Jahre. Nun müßte doch auch mit dem Gesetze der Garantiefond in Kraft treten, es hindert ja nichts daran, beide zusammen zu machen. Sie werden sich aber wohl hüten, denn wenn Sie etwa das Geld für Steuererlaß in den Garantiefond hineinlegen, so bringen Sie sämliche Steuerzahler gegen die Verstaatlichung auf. Der Finanzminister stellt Ihnen anheim, den Anteilsbetrag um den Betrag, der eigentlich in den Garantiefond gelegt werden müßte, zu erhöhen. Das können Sie machen, Sie können ja mehr Anteilepapiere drucken lassen und in den Garantiefonds legen, das kostet ja nicht viel, aber ich möchte es Ihnen nicht raten, denn von dem Augenblick an, wo im Garantiefond überhaupt etwas liegt, wird die Eisenbahnpolitik noch viel gefährlicher als früher. Der Eisenbahminister wird dem Finanzminister gegenüber selbstständiger werden und sagen, ich habe ja meine Überschüsse liegen, las mich doch in meiner Verstaatlichungs-politik weiter gewähren. Besser wäre es, wenn man der Verstaatlichung eine feste Grenze setzte. Es gibt noch große Privatbahnen, die Beunruhigung dauert fort. Sie sehen ja, wie auf der Börse die Verstaatlichungsgerüchte entstehen. Das wirkt lärmend auf das ganze Eisenbahnwesen, weil es von Neuanlagen und Verbesserungen, die nicht gleich sich verwerthen, abhängt.

Die Zwischenstufen zwischen Chaussee und Eisenbahn, Pferdebahn, Dampfsdrohseln, Secundurbahnen könnten sich über das ganze Land ausbreiten, wenn die Privatunternehmungen mehr Ruhe hätten. Die ganze Wirtschaftspolitik schädigt das Land nicht blos durch die Maßregel an sich, nein, sie schädigt es nach meiner Auffassung in noch viel höherem Maße dadurch, daß fortwährend neue Projekte austreten, in der Schweiz bleiben und Unsicherheit in alle Verhältnisse bringen. (Sehr richtig! links.) Wie schwert die Industrie durch die Rede des Finanzministers in Beunruhigung, durch das Projekt der Verdopplung des Brauerteuer, die unangebrach ist, weil die Brauerteuer im Reichshausen statt einer Erhöhung eine Verminderung zeigt. Und nun erst die Tabaksteuer? Die Tabakindustrie ist nun Jahre lang hin- und hergerissen von einem Projekt aus, das Monopolprojekt auf. Wir schreiten im Reichstag ein, es kam eine Resolution zu Stande, in welcher der Reichstag darauf hinweist, daß er die Sache durch sein Votum abgeschlossen glaubt. Nun kommt in der kleinsteinischen Manier, die sich für eine Staatsverwaltung gar nicht paßt, die Straßburger Tabakmanufaktur, um über die Grenzen des Landes hinaus der Privatindustrie die elendste Konkurrenz zu machen. Damit noch nicht genug; kommt nun noch der Finanzminister und erklärt, er halte den Tabak für ein sehr steuerfähigstes Objekt. (Sehr richtig! rechts.) Er sieht dabei aus, als ob er eine ganz neue Wissenschaft entdeckt hätte, als ob über den Tabak bis jetzt nicht genug gesprochen worden sei, als ob über den Tabak bis jetzt nicht genug gefragt und zur Grundlage gemacht ist für die ganze Steuergesetzgebung und alle diese Vor

hat. Wenn die Steuerreform nicht durchgeführt wäre, dann würde überhaupt keine Arbeit da sein. Jetzt wird wenigstens gearbeitet, die Leute haben zu leben. Ich will nur einige Zahlen anführen. Die Einkommensteuer hat sich vom Jahre 1872, wo ihre Erträge sich auf 21 Millionen beliefen, jetzt auf 33 Millionen erhöht. Die Zahl der Einkommensteuerzahler beläuft sich jetzt auf 174,000 gegen 111,000 vor 3 Jahren. Ich folger daraus, und ich glaube mit Recht, daß die Einkommen sich vermehrt haben. Ferner: Im Jahre 1874 waren bei 983 bestehenden Sparassen 987 Millionen Mark belegt; im Jahre 1878 belief sich die Zahl der Sparassen auf 1300 und die der Einlagen auf 1383 Millionen Mark. Eine gleiche Steigerung hat sich bei den Lebens-Versicherungsanstalten gezeigt. Wenngleich dies nur vereinzelte Erfahrungen sind, so beweisen sie doch, daß die gesellschaftliche Arbeit sich gesteigert hat. Der Geist der Arbeitamkeit, der Vorsicht und Sparsamkeit in unserer Bevölkerung hat sich gefestigt, und dies gibt mir die Garantie, darauf zu rechnen, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich dauernd bessern werden.

Bei Prüfung der einzelnen Staatspositionen bedauern meine Freunde und ich besonders die Mehreinnahmen in dem Capitel der Gerichtskosten. Die Höhe der leichten führt, namentlich in kleinen Sachen, geradezu zu einer Zustimmung. Das ist kein Fortschritt (sehr wahr), und es ist Aufgabe der Staatsregierung, auf diesen Punkt ihr Augenmerk zu richten, selbst aus die Gefahr einer Verminderung der Einnahmen hin, und die geeigneten Anträge beim Reich zu stellen. Bezüglich der Erträge aus den Eisenbahnen kann ich mir nicht versagen, auf den Umstand einzugehen, daß man die in letzter Zeit vorgefallenen bedauerlichen Eisenbahnunfälle auf das Conio des Staatsbahnbetriebes gesetzt hat, daß namentlich mangelhaftes Material die Schuld daran trage. Das ist ein durchaus ungerechtfertigter Vorwurf. Unglücksfälle kommen überall vor, und wenn wir die Zahl der verunglückten Personen in Betracht ziehen, so glaube ich, daß alljährlich mehr Leute beim Spazierengehen, beim Reiten und Fahren sich beschädigen bzw. umkommen, als beim Eisenbahnbetrieb. Das Bedürfnis für die Mehreinstellung von 100,000 Mark für die hinterbliebenen Witwen und Waisen der Lehrer erlernen wir an, und bedauern nur, daß nicht in anderer Staat so erhebliche Ausgaben in Antrag gebracht sind. Der Punkt der Gleichstellung der Gehälter der Verwaltungs- und Justizbeamten ist leider noch nicht durchgeführt. Wir hoffen, daß die Erfüllung der begründeten Erwartungen der Beamten von der Regierung rechtzeitig wird beantragt werden. Mein Urtheil über diesen Staat bezüglich des Ordinariums geht dahin, daß wir bei fädigem Prüfung desselben zu einer wesentlich anderen Balancierung dieses Conios nicht gelangen können. In der Hauptroute wird dasselbe demnach hier zu regeln sein. Anders steht es mit dem Extraordinarium, dessen Überweisung an die Budget-Commission ich beantrage. Auch das Extraordinarium schließt sich an die Aufführung früherer Jahre an, und eine Wandlung zum Besseren ist gleichfalls nicht zu verkennen. Vergleichen Sie es beispielweise mit dem des Jahres 1878/79, das ein Extraordinarium von 53 Millionen und eine zur Deduktion erforderliche Anleihe von 74 Millionen aufwies. Der Vorredner hat diese Besserung auf die neuen Steuern zurückgeführt. Das ist aber in dem Umfang nicht richtig.

Was den Steuererlaß betrifft, so ist derselbe durch das Gesetz vom 26. Juli 1880 hervorgegangen worden. Wir verhalten uns dem gegenüber nicht prinzipiell ablehnend. Wir erkennen nicht, daß diese Thatache des Steuererlasses, während gleichzeitig eine höhere Anleihe contrahiert wird, sehr auffällig ist. Bei Erlass des Gesetzes vom 16. Juli d. J. bat aber gewiß kein Mensch daran gedacht, daß zunächst das Extraordinarium aus den Überweisungen von Reichssteuern gedeckt und erst dann mit einem Steuererlaß vorgegangen werden sollte. Im Gegenteil wurde das Gesetz mit der Absicht gegeben, daß, wenn Überflüssigkeit vorhanden sein sollten, diefeilen Zug um Zug zu einem Erlass zu verwenden seien. Die Steuerreform war eine notwendige. Das Reich war auf Matrikularkräfte basiert und dadurch ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten. Unser Land war bei der Aufhebung vieler Bölle und Durchführung der Meisbegünstigungslösung dem auswärtigen Import offen, während unser Export kein Abhängigkeitsgebiet hatte. Dann kam die Matrikelzzeit, d. h. die Zeit der Besteitung dauernder Ausgaben aus einmaligen Einnahmen. Der Vorredner hat diese ganze Camphausen'sche Periode als die conservative Glanzperiode bezeichnet. Ich glaube, daß wird im Lande nicht verfangen. Man ist sich darüber klar geworden und weiß, wer den Aktionärschaften die Wege geöffnet hat (Sehr richtig!). man wird das nicht vergessen! Bei dieser Entwicklung der Verhältnisse war die Nation vor die Frage gestellt im Reich, ob sie zur Erhaltung eines dauernden Friedens Mehrlasten für das Reich zu übernehmen bereit sei. Ich befürchte, daß der Abg. Richter sich veranlaßt gesehen hat auf die Gründung des Reichs in einer mit sehr unsympathischen Weise einzugehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Für die Beschaffung der für die Zwecke des Reichs notwendigen Mittel standen zwei Wege offen: Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs oder der Matrikularkräfte. Die Finanzlage der Einzelstaaten ließ den letzteren Weg nicht zu. Preußen befand sich damals in einer Periode der Überproduktion, des wirtschaftlichen Niedergangs. Bei dieser Situation belasteten die direkten Steuern die Industrie und die Einzelnen auf das Empfindlichste. Die Industrie erlag der auswärtigen Konkurrenz, die Landwirtschaft war in weiten Kreisen in ihrer Existenz geschädigt. Es mußte demnach der erste Weg eingeschlagen werden, und die Reichsvertretung hat sich für die Reform des Steuersystems ausgesprochen. Man ist indeß auf halbem Wege stehen geblieben. Für Preußen ist die Lage dadurch schwieriger geworden, daß durch das Garantiegesetz unsere Finanzlage in eine Verquälung mit den Verhältnissen des Reichs gelehrt wurde. Der Vorredner hat Recht, daß unsere Gesamtlage erhebt, daß bald Ruhe in diesen Verhältnissen eintrete; aber darin haben Sie nicht Recht, daß der Grund der Unruhe auf Seiten der Regierung liegt. Er liegt auf Seiten derer, die sich stets bei dieser Reform im Gegenfahrt zu der Regierung gesetzt haben. (Sehr richtig, rechts.) Wir wünschen die Entlastung von den Personalsteuern, die Überweisung eines Theils der Realsteuern an die Kreise, weiter Reform der direkten Steuern, der Einkommen-, Klasse- und Gewerbesteuer. Wie sind deshalb bereit, in die Beratung eines neuen eventuellen Steuererlaßes einzutreten, für den Fall, daß seitens des Reichs neue Einnahmequellen überwiesen werden. Allerdings gehört die Beratung der vom Minister für das Reich in Aussicht gestellten Steuern nicht in den Rahmen dieser Verhandlung.

Ich kann aber doch im Einverständnis mit meinen politischen Freunden erklären, daß wir die Einführung der Börsesteuer als ein altes Desiderat betrachten, die keineswegs eine neue Steuer ist, sondern lediglich eine Lücke in der Besteuerung des kleinen Capitals ausfüllt; zweitens, daß wir eine erhöhte Heranziehung des Brantweins bei gleichzeitiger Erhöhung der Brausteuern wünschen, wenn darauf Bedacht genommen wird, daß die Interessen der Landwirtschaft geschont werden. Ein Ausweg läßt sich finden, wenn wir die Steuern in den Moment verlegen, wo das Produkt in den Consum übergeht. Was den Tabak anbetrifft, so halten auch wir denselben für ein sehr steuerfähiges Object — eine Ansicht, die sich schon in weiten Kreisen Bahn gebrochen hat. Auf den signalisierten Inhalt des Steuererlaß-Gesetzes für Preußen übergehend, kann ich mich, da das Project noch nicht vorliegt nur mit aller Reserve äußern, wir wünschen, aber bei der Reform, daß das Capital in einer der jetzt bestehenden Präzessionen entsprechend der Weise herangezogen werde. Gegenüber der notorischen Hinterziehung bei der Einkommensteuer halten wir es ferner für zweckmäßig, einen Weg zu finden, durch den eine gerechte Besteuerung des Capitalbesitzes herbeigeführt wird. Eine gänzliche Aufhebung der Klassesteuer wollen wir nicht, sondern nur eine Außererhebung, auf den untersten Steuerstufen. Die Gewerbesteuer wünschen wir gleichfalls berücksichtigt; endlich, daß der Gedanke der Überweisung der Realsteuern an die Kommunalverbände zur Ausführung kommt. Dieser Gedanke ist im vorliegenden Lager ausgebildet worden, aber er wird jetzt von der Tagesordnung nicht wieder verschwinden.

Zu dem Steuererlaß von 14 Millionen erklären wir unsere Zustimmung. Es entspricht den Intentionen des diesjährigen Gesetzes. Wir erkennen das loyale Verhalten der Regierung bei diesem Steuererlaß an. Der Abg. Richter hat Unrecht, wenn er annimmt, der ganz Betrag der bewilligten neuen Steuern habe zu Steuererlassen verwendet werden müssen. Die Steuern sind vielmehr zum Bedürfnis des Reiches bewilligt worden. Mit den vom Vorredner vorgeschlagenen Steuerreformplänen können wir uns nicht einverstanden erklären, weil dadurch das bereits beschlossene Gesetz vollständig ignorirt werden würde, weil ferner der Vorschlag weiter geht als die Vorschläge der Regierung, weil er die Möglichkeit einer Übertragung der Realsteuer auf die Kommunalverbände nicht zuläßt. Es ist eigentlich richtig, wie dies bei der Garantierevolution vorgegeben ist. Aber da das Gesetz noch nicht erlassen ist, und namentlich da bei der großartigen Umgestaltung des Staatsbaubewegens es an jeder Unterlage zur Berechnung fehlt, so verzichte ich vorläufig auf diesen Gedanken und bitte deshalb, auch den Eisenbahnen-Crat einer besonderen Commission zu überweisen. Dasselbe betrachte ich bezüglich des Crats der indirekten Steuern und des Finanzministeriums. (Beifall rechts.)

Gegen 3 Uhr verläßt das Haus die Beratung bis Sonnabend 11 Uhr.

\* In der gestrigen Rede des Abg. v. Tiedemann stellen wir nachträglich folgenden Satz richtig: Der Herr Abgeordnete hat nicht gesagt, daß der bis zum Terrorismus getriebenen Parteidiscipline der Polen in der Provinz Posen sich auch die Deutschen evangelischer wie jüdischer Confession nicht erwehren könnten und sie daher seitens der Fahne gefolgt seien, sondern: "So wie die Verhältnisse bei uns liegen, weiß man diesen Terrorismus auch auf Deutsche, selbst evangelischer und jüdischer Confession, anzusehen. Daß die deutschen Ultramontanen seitens der polnischen Fahne gefolgt sind, ist eine allgemein bekannte Thatache, und an solchen Ultramontanen giebt es in unserer Provinz etwa 100,000. Ich halte es daher für eine Pflicht deutscher Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß diese Einflüsse mindestens abgeschwächt werden."

Berlin, 12. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat den königlich preußischen Unter-Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Jacobi, zum Director im Reichsamt des Innern, und die königlich preußischen Geheimen Ober-Regierungsräte im Ministerium für Handel und Gewerbe Wendt und Lohmann, den königlich preußischen Geheimen Ober-Bergräte im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Freiherrn von der Heyden-Rynsch, den königlich preußischen Geheimen Finanzräte im Finanzministerium Schmidt, sowie den königlich preußischen Geheimen Ober-Regierungsräte im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Rothe zu vortragenden Räthen im Reichsamt des Innern, sämmtlich für die Dauer der von ihnen zur Zeit im preußischen Staatsdienste beliebten Amtszeit ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den außerordentlichen Professor Dr. Althoff in Straßburg zum ordentlichen Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg ernannt.

Se. Majestät der König hat den General-Commission-Präsidenten Schwarz zu Stargard zum Präsidenten der General-Commission für die Provinz Schlesien zu Breslau, den Landgerichtsrath Plath in Bromberg zum Ober-Landesgerichtsrath, sowie die Gerichts-Assessoren Bierek, Grüttner, Dr. Melkbach in Jarischin, Studemund in Posen und Fröhlich in Jaworawitz zu Amtsrichtern ernannt.

Der Superintendent a. D., Pastor prim. Schulze in Görlitz ist zum Superintendenten der Diözese Görlitz I. — Regierungsbezirk Liegnitz — ernannt worden. (R. Anz.)

[Zur Geschichte des Steuererlaß-Vorschlags.] Der Finanzminister Bitter hat am Mittwoch unter ironischem Lächeln der Abgeordneten gegenüber der Bemerkung, daß im Finanzministerium kein eigener Wille mehr herrsche, die Homogenität des jüngsten Staatsministeriums rührend hergehoben und mit Entzücken bekräftigt, daß der Aufstellung des Staats mit seinem Steuererlaß, von keiner Seite auf ihn eine Einwirkung ausgeübt worden sei. Nach der "Wolfs-Ztg." verhält sich die Sache folgendermaßen: Der Reichskanzler soll darauf bestanden haben, nicht nur den Steuererlaß dem Antrage Richter entsprechen, als einen dauernden gefestigten zu fixieren, sondern noch viel weitergehende Forderungen ge stellt haben. Herr Bitter hat dem Kanzler in Friedrichsruhe erklärt, daß er eine derartige Maßregel nicht gutheißen könne, da alsdann auch die hierfür notwendigen Mittel vorhanden sein müßten. Schließlich hat sich der Kanzler dahin entschlossen, seine Zustimmung zu der Steuererlaß-Vorlage zu ertheilen, wie sie die Abgeordnetenhouse unterbreitet worden ist.

### Fraukei.

○ Paris, 11. Novbr. [Zur Ministerkrise.] Das Ministerium hat gestern Abends spät seine Entlastung halb zurückgenommen. Das dringende Zureden Jules Grevy's scheint dabei den Ausschlag gegeben zu haben. Jules Grevy versicherte Ferry und seinen Collegen, daß der ganze Zwist auf einem Missverständnis beruhe. Sobald sie sich Auge in Auge der Mehrheit gegenüber befinden, werde sich die Eintracht von selber wieder herstellen. Vielleicht würde Jules Ferry nicht so bereitwillig von seinem ersten Entschluß zurückgekommen sein, hätte er sich ausschließlich durch die Vorgänge in den Fraktionsversammlungen am Nachmittage leiten lassen. Denn in diesen Versammlungen hatte eigentlich nur die gemäßigten Linken entschieden den Wunsch nach Erhaltung des Cabinets bestätigt, wie gestern bereits gemeldet worden. Die republikanische Union nahm nach langen und lebhaften Debatten folgende von Naquet vorgeschlagene Tagesordnung an: „Die republikanische Union will ihr gestriges Volum nicht so verstanden wissen, daß dasselbe keinen Gedanken des Misstrauens gegen das Ministerium einschließe, aber sie gibt ihrem Vorstand die Ernächtigung zu unterhandeln nur unter der Bedingung, daß die Tagesordnung aufrecht erhalten bleibt.“ Mit anderen Worten also, die republikanische Union zieht lieber das Ministerium Jules Ferry scheidet, als daß sie das Magistraturgesetz um acht Tage verschieben will. Damit ist also schon gesagt, daß die Mehrheit dem Cabinet kein Zugeständnis machen will, um es zum Bleiben zu bewegen. Im Gegenteil macht Jules Ferry ein Zugeständnis, indem er die Tagesordnung annimmt, die er vor gestern abgelehnt hatte. Es muß sich zeigen, ob das Vertrauensvolum, welches ihm die Kammer ausstellen wird, entschieden genug abgesetzt ist, um ihn für dieses Zugeständnis zu entzögeln. Die Interpellation wird heute von der gemäßigten Linken, wahrscheinlich von ihrem Präsidenten Dr. Dreyfus in Person an das Ministerium gerichtet werden und es wird vermutlich zu sofortiger Debatte kommen, denn natürlich stocken alle parlamentarischen Geschäfte, ehe diese Angelegenheit erledigt ist. Im besten Falle wird die Kammer einfach gleich zum Beginne der Session drei Tage verloren haben, obgleich alle Welt beteuert, daß man keine Minute mehr zu verlieren habe. Die Gambetta'sche „Republique“ redet heute dringend zur Versöhnung und spendet Jules Ferry ein warmes Lob, indem sie sagt, daß kein einziger Unterrichtsminister weder unter der Republik, noch unter dem Kaiserreich, noch unter der Monarchie so viel wie er für die öffentliche Erziehung gethan habe. Und der Kammer fügt das Gambetta'sche Organ zu Gemüthe, daß eine nochmalige Krise ihre sofortige Auflösung und die Ausschreibung neuer Wahlen unvermeidlich machen könnte.

Hamburg, 12. Novbr. [Nachmittag.] Weizen loco fest, auf Termine still. Roggen loco fest, auf Termine still. Weizen vor November 202 Br., 201 Gd., pr. April-Mai 219 Br., 217 Gd. Roggen vor November 208 Br., 207 Gd., pr. April-Mai 201 Br., 199 Gd. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbel ruhig, loco 56, pr. Mai 58. Spiritus matt, vor November 51 1/2 Br., pr. December-Januar 50% Br., pr. Januar-Februar 50 Br., April-Mai 50 Br. Kaffee stetig, Umfang 3000 Sac. Petroleum befestigt, Standard white loco 10, 30 Br., 10, 50 Gd., pr. November 10, 50 Br., pr. December 10, 20 Gd. — Weiter: Negrieth.

Liverpool, 12. Novbr. Vormittags. [Baumwolle.] Baumwollfaser 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

Nachmittag. [Baumwolle.] Baumwollfaser 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

London, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31 Br., 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000, 1010, 1020, 1030, 1040, 1050, 1060, 1070, 1080, 1090, 1100, 1110, 1120, 1130, 1140, 1150, 1160, 1170, 1180, 1190, 1200, 1210, 1220, 1230, 1240, 1250, 1260, 1270, 1280, 1290, 1300, 1310, 1320, 1330, 1340, 1350, 1360, 1370, 1380, 1390, 1400, 1410, 1420, 1430, 1440, 1450, 1460, 1470, 1480, 1490, 1500, 1510, 1520, 1530, 1540, 1550, 1560, 1570, 1580, 1590, 1600, 1610, 1620, 1630, 1640, 1650, 1660, 1670, 1680, 1690, 1700, 1710, 1720, 1730, 1740, 1750, 1760, 1770, 1780, 1790, 1800, 1810, 1820, 1830, 1840, 1850, 1860, 1870, 1880, 1890, 1900, 1910, 1920, 1930, 1940, 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2010, 2020, 2030, 2040, 2050, 2060, 2070, 2080, 2090, 2100, 2110, 2120, 2130, 2140, 2150, 2160, 2170, 2180, 2190, 2200, 2210, 2220, 2230, 2240, 2250, 2260, 2270, 2280, 2290, 2300, 2310, 2320, 2330, 2340, 2350, 2360, 2370, 2380, 2390, 2400, 2410, 2420, 2430, 2440, 2450, 2460, 2470, 2480, 2490, 2500, 2510, 2520, 2530, 2540, 2550, 2560, 2570, 2580, 2590, 2600, 2610, 2620, 2630, 2640, 2650, 2660, 2670, 2680, 2690, 2700, 2710, 2720, 2730, 2740, 2750, 2760, 2770, 2780, 2790, 2800, 2810, 2820, 2830, 2840, 2850, 2860, 2870, 2880, 2890, 2900, 2910, 2920, 2930, 2940, 2950, 2960, 2970, 2980, 2990, 3000, 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3070, 3080, 3090, 3100, 3110, 3120, 3130, 3140, 3150, 3160, 3170, 3180, 3190, 3200, 3210, 3220, 3230, 3240, 3250, 3260, 3270, 3280, 3290, 3300, 3310, 3320, 3330, 3340, 3350, 3360, 3370, 3380, 3390, 3400, 3410, 3420, 3430, 3440, 3450, 3460, 3470, 3480, 3490, 3500, 3510, 3520, 3530, 3540, 3550, 3560, 3570, 3580, 3590, 3600, 3610, 3620, 3630, 3640, 3650, 3660, 3670, 3680, 3690, 3700, 3710, 3720, 3730, 3740, 3750, 3760, 3770, 3780, 3790, 3800, 3810, 3820, 3830, 3840, 3850, 3860, 3870, 3880, 3890, 3900, 3910, 3920, 3930, 3940, 3950, 3960, 3970, 3980, 3990, 4000, 4010, 4020, 4030, 4040, 4

# Berliner Börse vom 12. November 1880.

## Fonds- und Gold-Course.

		Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Anl.	4	10.00	bz		
Consolidirte Anleihe	4½	104.80	sz	Amsterdam 100 FL	3 T. 12
do. do. 1876	4	99.50	bz	do. 2 M. 3	165.30 bz
Staats-Anleihe	4	99.90	bz	London 1 Lstr.	8 T. 21/2
Staats-Schuldscheine	3½	98.50	bz	do. do.	20.25 bz
Staats-Anleihe v. 1855	3½	14.00	sz	Paris 100 Frs.	8 T. 31/2
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103.70	bz	Petersburg 100 RM.	3 W. 31/2
do. do. 1825 G	4	102.50	sz	do. do.	204.35 bz
Pommersche	3½	98.20	sz	Warschan 100 GB.	8 T. 6
do. do. 1880 G	4	98.80	bzG	do. do.	204.75 bz
do. do. 1822 B	4½	122.00	sz	Wien 100 FL	8 T. 4
do. do. Landch.Obl.	4½	—		do. do.	172.20 bz
Posenische neue	4	56.00	G		2 M. 4
Schlesische	2½	—			171.25 bz
Landschaft.Central	5	97.25	bz	Kurb. 40 Thaler-Loose	28.150 bz
Kur. n. Neumärk.	4	95.80	sz	Badische 35 FL-Loose	172.75 B
Pommersche	4	98.70	sz	Eraunschw. Präm.-Anleihe	97.60 tz
Posenische	4	93.35	bz	Oldenburger Loose	151.3 bzG
Preussische	4	98.70	bzB		
Westfäl. u. Rhein	4	100.00	sz		
Sächsische	4	106.60	G		
M. Schlesische	4	106.00	G		
Badische Präm.-Anl.	4	132.20	sz		
Bayerische Präm.-Anl.	4	134.50	G		
do. Anl. v. 1875	4	98.90	sz		
961-Mind. Pfennische	3½	131.99	bz		
Echte Bente von 1876/8	4	77.60	G		

## Hypothesen-Certificate.

		Divis. pro	1878	1879	
Krupp'sche Partial-Ob.	5	107.70	bzG	Aachen-Maastricht	1/4 4
Unkb.Hd. d.Pr.Hyp. B.	4½	104.66	B	Borg-Märkisch	4 4
do. do.	3	101.25	sz	Berlin-Anhalt	5 5
Deutsch.Hyp.-Bk. Pfz.	5	105.50	sz	Berlin-Dresden	0 0
do. do.	5	100.10	G	Berlin-Görlitz	0 0
Kürd. Cent.-Bod.-Cr.	4½	—		Berlin-Hamburg	18/2 4
Rückz.B.	5	106.25	bz	Berl.-Potsd.-Magd.	31/2 4
do. do. do.	4½	106.25	bz	Berlin-Stettin	3/2 4
Unkb.Hd. Pr.-Ed.-Crd.-B.	5	107.60	G	Eichm. Westbahn	5/2 4
Künd.Hyp.Schuld. d. o.	5	102.30	sz	Bresl.-Freib.	3/2 4
Gyp.-Ant. Nord.G.-C.E.	5	99.60	B	Cöln-Minden	6 6
do. Pfandbr.	5	99.00	B	Dux-Bodenbach.B.	0 0
Pom. Hyp.-Briefe	5	105.25	G	Gal. Kar.-Ludw.-B.	8,21/2 4
do. do. II. Em.	5	101.60	sz	Hallo-Sorau-Gub.	0 0
Zoth. Präm.-Pf. I. Em.	5	119.50	sz	Kaschau-Oderberg	4 4
do. do. II. Em.	5	117.40	sz	Kronpr. Eulsdorf	6 6
do. 50% Pfr.krzbl.r.m. 11/2	5	105.25	sz	Ludwigs.-Box.	2 2
do. do. do. m. 11/2	5	101.90	sz	Mark.-Posener	0 0
Meining. Präm.-Pfd.	4	123.70	sz	Magdebg.-Halberst.	5/2 4
Böhls. Bodenker.-Pfd.	5	108.25	G	Oesterr.-Fr. St.-B.	6 6
do. do.	5	103.75	G	Oest. Nordwest.	6 6
Böhls. Bod.-Crd.-Pfd.	5	101.60	G	Oest. Sud.(Lomb.)	0 0
do. do.	5	101.60	G	Ostpreuss. Süd.	7 7

## Ausländische Fonds.

		1878	1879
Dest. Silber-B. (1/4, 1/4)	4½	62.90	bz
do. do. (1/4, 1/4)	5	63.50	sz
do. Goldrente	4	47.40	bzB
do. Papierrente	4½	62.20	B
54er Präm.-Anl.	5	113.80	sz
Lott.-Anl. v. 90	5	12.90	bs
Credit-Loos.	fr.	31.80	sz
do. 54er Loos.	fr.	31.70	sz
Buss. Präm. Anl. v. 64	5	136.70	bz
do. do. 1866	5	57.60	10 bzG
do. Orient-Al. v. 1777	5	57.75	bz
do. II. do. v. 1878	5	61.60	sz
10. III. do. v. 1879	5	61.60	10 bz
do. Engl. v. 1871	5	58.90	sz
do. do. v. 1872	5	58.90	sz
do. Anleihe 1877	5	91.40	sz
do. do. 1880	5	71.70	99 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd.	5	81.25	sz
do. Cent.-Bod.-Cg.-Pfd.	5	77.16	G
Buss.-Poln.-Schulz.-Obi.	5	—	
Feld. Pfandbr. III. Em.	5	62.40	bz
Feld. Liquid.-Pfandbr.	4	64.50	B
Amerik. rückz. p. 1881	5	101.90	23 G
do. 50% Anleihe	5	100.25	bz
Ital. 50% Anleihe	5	51.60	bz
Baab-Grazer 100 Thlr.	5	—	
Ruman. Staats-Obligat.	5	81.50	bz
Türkische Anleihe	fr.	—	
Unger. Goldrente	5	92.50	bz
do. Looso (M.p. St.)	5	214.00	B
Eng. 50% St.-Eisenb.-Anl.	5	88.40	dz
Finan. 10 Thlr.-Loose	49.10	bz	
Färken-Loose	24.30	B	

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

		1878	1879
Berlin.-Dresden	9	0	52.80 etbaG
Berlin.-Görlitz	31/2	81.25	bzG
Breslau.-Warschau	6	39.00	sz
Halle.-Sorau.-Gub.	5	96.50	bzG
Kohlfurt.-Falkenb.	5	47.50	bzG
Märkisch.-Posener	5	102.10	bzG
Magdebg.-Halberst.	31/2	86.10	sz
do. Lit. C.	5	122.45	bzG
Marienburg-Mawa	6	87.00	sz
Ostpr. Südbahn	5	92.40	sz
Posen.-Kreuzbahn	29/4	70.50	bz
Rechte.-O.-U.-E.	7	156.00	sz
România	8	—	
Saal.-Bahn	9	53.80	etbaG
Weimar.-Gera	9	34.50	bzG

## Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

		1878	1879
Berlin.-Dresden	9	0	52.80 etbaG
Berlin.-Görlitz	31/2	81.25	bzG
Breslau.-Warschau	6	39.00	sz
Halle.-Sorau.-Gub.	5	96.50	bzG
Kohlfurt.-Falkenb.	5	47.50	bzG
Märkisch.-Posener	5	102.10	bzG
Magdebg.-Halberst.	31/2	86.10	sz
do. Lit. C.	5	122.45	bzG
Marienburg-Mawa	6	87.00	sz
Ostpr. Südbahn	5	92.40	sz
Posen.-Kreuzbahn	29/4	70.50	bz
Rechte.-O.-U.-E.	7	156.00	sz
Saal.-Bahn	9	53.80	etbaG
Weimar.-Gera	9	34.50	bzG

## Bank-Papiere.

		Allg.Dent.Hand.-G	2	4	71.50 G
Berl. Kassens.-Ver.	69/10	5	112.50	sz	
Berl. Handels-Ges.	6	5	106.75	bzG	
Brl. Prd.-u.-Hdls.-B.	5	4	81.00	B	
Brauaschw. Bank	4½	4	89.50	G	
Bresl. Disc.-Bank	3	5	96.00	sz	
Bresl. Wocherb.	5	5	104.40	sz	
Coburg. Cred.-Bank	4½	4	88.50	sz	
Danziger Priv.-Ek.	5	5	112.00	G	
Darmst. Creditib.	5	5</			